

Wirtschaft

NACHRICHTEN

Bayer prüft angeblich Übernahme von Monsanto

Der Leverkusener Pharmakonzern Bayer prüft einem Agenturbericht zufolge die Übernahme des US-Saatgutriesen Monsanto. Wie die Finanzagentur Bloomberg am Donnerstag berichtete, erwägt Bayer angeblich ein Angebot für den über 40 Milliarden Dollar schweren US-Konzern. Bayer wollte die Meldung nicht kommentieren. Die Monsanto-Aktie stieg nach der Meldung um 16 Prozent. Die Bayer-Aktie wurde von der Börse in Frankfurt am Main kurzzeitig vom Handel ausgesetzt und ging dann auf Talfahrt. (Reuters)

Weniger offene Stellen zu besetzen

Die Zahl der offenen Stellen in Deutschland ist in den ersten drei Monaten des Jahres im Vergleich zu Ende 2015 zurückgegangen. Im ersten Quartal gab es bundesweit 974 000 zu besetzende Arbeitsplätze, das waren 64 000 oder sechs Prozent weniger als im Schlussquartal des vergangenen Jahres, teilte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) mit. (AFP)

Aktionäre kritisieren Modellpolitik von BMW

BMW-Aktionäre haben von Konzernchef Harald Krüger mehr Mut zu Innovationen verlangt. Daniela Bergdolt von der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) kritisierte auf der Hauptversammlung in München, trotz wachsender Konkurrenz des US-Autoherstellers Tesla wolle BMW seine nächste Generation von Elektroautos erst in fünf Jahren auf den Markt bringen. Bei der Elektromobilität sei BMW zu früh gestartet, „und jetzt verlässt sie ein bisschen der Mut“, sagte Bergdolt. (dpa)

Wohnungseinbrüche kosten Versicherer viel Geld



Die Polizei erfasste 2015 gut 167 000 Einbrüche.

Wohnungseinbrüche sind die deutschen Versicherer 2015 teuer zu stehen gekommen. 530 Millionen Euro wurden an die Kunden überwiesen, teilte der Branchenverband GDV am Donnerstag mit. Das waren 40 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Ein Grund für die gestiegene Schadenssumme dürfte neben der höheren Zahl der Einbrüche sein, dass für Diebe in den Wohnungen mehr zu holen ist als früher – etwa teure Handys und Laptops. (dpa)

Hausherr haftet nicht für illegale Uploads seiner Gäste

Wer WG-Bewohnern oder Gästen den Zugang zum Internet am eigenen PC erlaubt, muss nicht automatisch dafür haften, wenn diese illegale Filme, Spiele oder Musik hochladen. Zwar müssen Eltern ihre Kinder über die Illegalität bestimmter Tauschbörsen aufklären und ihnen die Teilnahme verbieten. Ohne Anhaltspunkte für eine rechtswidrige Nutzung sei eine solche Belehrung für volljährige Gäste oder WG-Mitglieder aber nicht zumutbar, entschied der Bundesgerichtshof am Donnerstag (AZ: I ZR 86/15). (dpa)

HEIZÖLPREISE

Abnahmemenge in Liter	Durchschnittspreis je 100 Liter in Euro (in Klammern Vorwoche)
1000	56,11 (55,06)
3000	53,40 (50,72)
5000	52,53 (49,30)
10000	51,69 (47,99)
15000	51,18 (47,50)

incl. MWSt., frei Haus an Abladestelle, Quelle: www.dieter-maeder.de, Preisermittlung 12.05.2016



Der Nicaraguasee ist ein bedeutendes Trinkwasserreservoir des Landes. Der geplante 278 Kilometer lange Kanal soll mitten durch den See führen.

Ein Kanal entzweit Nicaragua

Für 50 Milliarden Dollar soll gegen den Widerstand der Bevölkerung eine gigantische Wasserstraße entstehen

VON NICO SCHMOLKE

MANAGUA. In Nicaragua wird gelächelt, wenn es um den Nicaragua-Kanal geht. Die Touristenführerin Arcelia Duarte fürchtet zwar um ihren großen Nicaraguasee, doch protestieren war sie nicht. Viel größer als der Unmut gegen die Regierung ist die Angst vor gewaltsamen Auseinandersetzungen. Und deswegen hält man hier lieber still – und lächelt.

Dabei sind die Dimensionen dieses Kanals schlicht gigantisch: Auf einer Länge von 278 Kilometern entsteht eine Schneise durch das nach Haiti zweitärmste Land Lateinamerikas. 30 Meter tief und 500 Meter breit soll die Wasserstraße werden. Die erwarteten Baukosten von 50 Milliarden Dollar übersteigen die Wirtschaftskraft Nicaraguas um ein Vielfaches.

Weltgrößtes Infrastrukturprojekt

„El canal“ ist deshalb in aller Munde. Arcelia vermietet auf der Insel Ometepe im Nicaraguasee Fahrräder und führt Wanderungen auf zwei majestätische Vulkane. Doch nun soll der Kanal mitten durch den See führen. „Er wird unsere Natur zerstören. Das ist doch alles, was wir hier haben“, sagt sie. Umweltschutzorganisationen warnen: Der riesige Nicaraguasee als enorm bedeutendes Trinkwasserreservoir drohe zu versalzen, große Flächen des Regenwaldes müssten gerodet werden, Zehntausende Fischer und Bauern verlieren ihre Lebensgrundlage.

Auch wenn der Unmut nun groß ist, an eine Abwahl des übermächtigen Präsidenten Daniel Ortega bei den nächsten Wahlen im Herbst dieses Jahres glaubt Arcelia nicht. „Gute Alternativen gibt es nicht – und die Wahl wird eh gefälscht“, sagt Arcelia – und lächelt.

Dabei sah es eigentlich so gut aus für Nicaragua: Seit 1990 war das Land zur Ruhe gekommen – nach vielen Jahrzehnten Bürgerkrieg mit Zehntausenden Toten. Mittlerweile gibt es ein flächendeckendes Bildungs- und Gesundheitssystem, der Tourismus blüht.



Nein zum Kanal: Umweltschützer protestieren gegen das Milliardenprojekt.



Der einstige Revolutionsführer und Präsident Daniel Ortega hat mit Nicaragua aber etwas anderes vor. „Der Kanal ist die Verkörperung dessen, was gerade alles schief läuft in Nicaragua“, sagt Hajo Lanz, der für die Friedrich-Ebert-Stiftung in Nicaragua arbeitet. „Faire Verfahren und demokratische Mitbestimmung gibt es nicht.“ Das Gesetz für den Bau des Kanals wurde im Juni 2013 in zwei Tagen durch das Parlament gepeitscht. Den Auftrag zum Kanalbau vergab man ohne Ausschreibung direkt an den chinesischen Geschäftsmann Wang Jing und seine HKND-Gruppe. Für 100

Jahre erhält die Unternehmensgruppe die Rechte am Kanal und seinen Gewinnen – freigestellt von jeglichen Schadensansprüchen Nicaraguas. Nicaragua selbst soll jährlich zehn Millionen Dollar als Gewinnanteil erhalten. Zum Vergleich: Panama verdient allein mit Gebühren zur Schiffsdurchfahrt mit dem Panama-Kanal jährlich eine Milliarde Dollar.

Dennoch gibt es Befürworter des Projektes: Straßenverkäufer in der Hauptstadt Managua, geschäftige Taxifahrer oder der Schuljunge auf dem Land. Sie hoffen auf neue Jobs und Geld, auf eine persönliche Per-

spektive in einem noch immer sehr armen Land. Und wer träumt, dem sind die offensichtlichen Probleme des Projektes egal. Ortega kann sich auf diesem blinden Vertrauen ausruhen.

Schließlich sind auch die Kanalgegner nicht sonderlich laut. Dafür, dass hier das größte Infrastrukturprojekt der Welt geplant wird, fallen die Proteste eher bescheiden aus. Das hat seine Gründe: Die Nicas fürchten die Repression der mittlerweile autoritär geführten Regierung – Kanalgegner werden eingeschüchtert, Proteste teilweise gewaltsam aufgelöst.

Landraub hat Tradition

Warum lächelt Arcelia trotz allem? Seit dem Spatenstich am 22. Dezember 2014 wurde lediglich eine Zufahrtsstraße im Westen geplant. Den chinesischen Geschäftsmann plagen seit dem Börsencrash Anfang des Jahres Geldprobleme. Der Nicaragua-Kanal scheitert vielleicht an seiner unbeherrschbaren Größe. Und so vermuten Beobachter, dass der Kanal nie etwas anderes war als ein Bereicherungsprojekt Ortegas.

In Nicaragua hat Landraub große Tradition: Nach Bränden und Erdbeben gingen Grundstücke häufig in staatlichen Besitz über und wurden auf die aktuellen Machthaber aufgeteilt. Schätzungen gehen nun davon aus, dass für den Kanalbau 100 000 Menschen enteignet werden müssten. Ob der Kanal kommt oder nicht, Ortega und sein Clan haben sich gemeinsam mit dem chinesischen Geschäftsmann die Rechte am betroffenen Land längst gesichert.

So zynisch es klingt, genau darauf setzen viele Nicas: dass die Machthaber sich mit dem Landraub zufriedengeben und das Kanalprojekt beerdigt wird. Politischer Streit, ausländische Unternehmer und das ganze Geld – das ist den Nicas nicht geheuer. Das zerstöre das gute nachbarschaftliche Gefühl und die schöne Natur. Es könnte auch einfach so bleiben, wie es ist – trotz Armut. Er wird schon nicht kommen, dieser verdammte Kanal.

Startschwierigkeiten beim Fehmarnbelt-Tunnel

Vertragsunterzeichnung für das Sieben-Milliarden-Euro-Projekt wegen Unstimmigkeiten mit Baufirmen zunächst abgesagt

Die für Freitag angekündigte Vertragsunterzeichnung zum Bau des Fehmarnbelt-Tunnels zwischen Deutschland und Dänemark ist wegen Unstimmigkeiten mit den Baufirmen abgesagt worden. „Wir haben uns vorsichtshalber dazu entschlossen, die Unterzeichnung der Bauverträge aufgrund einer eingegangenen Beschwerde zu verschieben“, sagte Claus F. Baunkjær, Vorstand der Planungsgesellschaft Femern A/S, der Berliner Zeitung. Die Beschwerde werde geprüft. „Wir rechnen bis Ende Mai mit mehr Klarheit in dieser Sache.“

Am Bau des 18 Kilometer langen Tunnels sollen auch deutsche Fir-

men beteiligt werden. Insgesamt soll das Projekt sieben Milliarden Euro kosten. Allerdings gelten die Verträge für die Bauunternehmen nur, wenn in Deutschland eine Baugenehmigung erteilt wird – was bislang noch nicht geschehen ist. Wahrscheinlicher Baustart ist 2019, geplante Fertigstellung 2028.

Bereits 1960 gab es erste Überlegungen, eine Brücke über den Fehmarnbelt zu bauen. Doch erst im Jahr 2008 schlossen Deutschland und Dänemark einen Staatsvertrag. Das Parlament des skandinavischen Landes verlangte allerdings, dass ein Tunnel statt einer Brücke gebaut werden soll.

Befürworter betonen vor allem die Zeitersparnis. Bisher braucht eine Fähre von der Insel Fehmarn hin zum dänischen Nachbarland Lolland rund 40 Minuten. Dank des Tunnels soll die Strecke mit dem Auto oder dem Lkw in nur zehn Minuten zu schaffen sein. Für Unternehmen sinken dadurch die Transportkosten, die Wettbewerbsfähigkeit steigt, so die Unterstützer des Projekts. Zudem soll der Bau fast 4 000 Arbeitsplätze schaffen.

Allerdings gibt es auch Kritik. Bewohner der Insel Fehmarn etwa befürchten, dass durch den vermehrten Lärm weniger Touristen auf das Eiland kommen. Deshalb wird mit

Klagen gerechnet, die den Baustart noch weiter verzögern könnten.

Auch die Wirtschaft ist nicht durchweg vom Tunnel-Bau begeistert. So erwartet die Hamburger Wirtschaftsberatungsfirma HTC keine positiven Effekte. Und das Unternehmen Scandlines versucht schon lange, den Tunnelbau zu verhindern. Immerhin betreibt Scandlines die Fähren vor Ort – die bisher einzige Verbindung zwischen den Inseln. Umweltschützer sind ebenfalls nicht begeistert von dem Tunnel-Projekt. Sie fürchten Schäden für die Meeresfauna. Der Baulärm könne zudem Wasservögel aufscheuchen. (fir/dpa)

Google verbietet Werbung für teure Kredite

Maßnahme soll Nutzer vor Schuldenfalle bewahren

Der Internetriese Google verbietet bald Werbeanzeigen für Kleinkredite mit extrem hohen Zinsen, die Kunden in eine Schuldenfalle treiben können. Ab 13. Juli würden Anzeigen für Kredite dieser Art auf Google nicht mehr veröffentlicht, teilte das Unternehmen mit.

Betroffen seien unter anderem Geldverleiher, die eine Rückzahlung binnen 60 Tagen verlangten. In den USA richte sich die Maßnahme zudem gegen Kredite mit einem jährlichen Zinssatz von 36 Prozent und mehr. Im Kern geht es um sogenannte Payday Loans – also Kredite, die mit dem nächsten Gehalt automatisch beglichen werden. Allerdings geraten Kunden dieser Angebote oft in einen Schuldenkreislauf, da die Zinssätze meist horrend hoch sind.

Gefährlich wie Sprengstoff

„Diese Änderung soll unsere Nutzer von irreführenden oder gefährlichen Finanzprodukten schützen“, erklärte Google. Anzeigen für Hypotheken, Autokredite, Studentendarlehen oder Kreditkarten sind demnach nicht betroffen. Nutzer, die nach Kleinkrediten Ausschau halten, bekommen sie künftig nur noch als Suchergebnis angezeigt – aber nicht mehr als Werbeanzeige.

Verbraucherschützer begrüßten die Ankündigung von Google. Damit würden Kleinkredite „wie Sprengstoff und Tabak als gefährliche Produkte“ gekennzeichnet, erklärte Wade Henderson von der Leadership Conference on Civil and Human Rights. (AFP)

Anzeige

Lesen Sie am Wochenende

Karriere

In Teilzeit arbeiten – immer noch von Vorurteilen geprägt

Das Handy stets dabei – wie viel Privates im Job erlaubt ist

Werberat rügt Firmen wegen Sexismus

Auch Gewalt verherrlicht

Der Deutsche Werberat hat sechs Unternehmen wegen Gewaltverherrlichung, Angsterregung und Sexismus gerügt. Zwei Rügen wurden auch wegen Diffamierung von Flüchtlingen ausgesprochen, wie das Gremium am Donnerstag in Berlin mitteilte.

So habe der Optiker Berger Brillen aus Thüringen mit einer Frau samt Maschinengewehr unter dem Slogan „Zeit sich zu bewaffnen“ beworben. Ein kleingedruckter Zusatz stelle klar, dass man sich nur mit Brillen des Unternehmens „bewaffnen“ sollte. Ein derart offensiver Gewaltappell sei gesellschaftlich nicht akzeptabel, so der Werberat.

Der Alarmanlagenanbieter EEG Wermann aus Leipzig habe in einem Flyer formuliert: „Viele neue Mitarbeiter reisen in unser Land und leider werden uns nicht alle wohlgesonnen sein, darum sollten auch Sie nicht zögern, Ihr Eigentum, Ihre Gesundheit oder gar Ihr Leben zu schützen.“ Die Werbung suggeriere, dass Flüchtlinge per se kriminell seien, hieß es. Sie stelle einen eklatanten Verstoß gegen die Ständeregeln der Werbewirtschaft dar, kritisierte der Rat.

Zusätzlich zu den beiden Rügen für Gewaltverherrlichung kritisierte der Werberat noch einen Hersteller wegen männerherabwürdigender Werbung, drei andere für sexistische Anzeigen.

Im Februar hatte der Werberat bereits sechs Unternehmen für sexistische und gewaltbagatellisierende Werbung gerügt. Im letzten Jahr sprach das Gremium insgesamt elf Rügen aus. Im Deutschen Werberat sind 42 Organisationen der werbenden Wirtschaft, des Handels, der Medien, der Agenturen, der Forschung sowie der Werberberufe zusammengeschlossen. (dpa)